

Umsatzsteuerliche Behandlung von Finanz-, Versicherungs- und öffentlichen Dienstleistungen

Branchenspezifische Schwächen des Umsatzsteuersystems

Bearbeitet von
Dr. Christine Cloß

1. Auflage 2013 2013. Taschenbuch. XXXIV, 508 S. Paperback

ISBN 978 3 503 15427 2

Format (B x L): 15,8 x 23,5 cm

Gewicht: 832 g

[Steuern > Umsatzsteuer](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen
Band 30

Umsatzsteuerliche Behandlung von Finanz-, Versicherungs- und öffent- lichen Dienstleistungen

Branchenspezifische Schwächen des Umsatzsteuersystems

Von
Dr. Christine Cloß

Erich Schmidt Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen
zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 15427 2](http://ESV.info/9783503154272)**

Zugl.: Universität des Saarlandes, Diss., 2013 u. d. T.
Branchenspezifische Systemschwächen des gegenwärtigen Umsatzsteuer-
systems – Zur Vereinbarkeit der Steuerbefreiungen für Finanz- und
Versicherungsdienstleistungen sowie der umsatzsteuerlichen Behandlung
der öffentlichen Hand mit dem Neutralitätsgrundsatz

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 15427 2

eBook: ISBN 978 3 503 15428 9

ISSN 1862-0922

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2013
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das
Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht
sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso
Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Dem Allphasen-Netto-Umsatzsteuersystem ist es immanent, dass auf jeder Stufe ein Umsatzsteuerbetrag auf das jeweilige Entgelt erhoben wird, wobei die Umsatzsteuer auf Unternehmensebene belastungsneutral und im Sinne eines durchlaufenden Postens behandelt werden soll. Dabei ist das zentrale Element der Vorsteuerabzug. In diesem Zusammenhang stellt der Grundsatz der Neutralität innerhalb des europäischen und im Kontext mit der Harmonisierung der Umsatzbesteuerung innerhalb des nationalen Umsatzsteuerrechts einen zentralen Grundpfeiler dar. Vor diesem Hintergrund sind nicht nur die Regelungen innerhalb der europäischen Umsatzsteuer-Richtlinien, sondern auch die zahlreichen Urteile des Europäischen Gerichtshofes von zentraler Bedeutung.

Die vorliegende Dissertation beinhaltet eine von großer Eigenständigkeit und Innovationskraft geprägte Auseinandersetzung mit Fragen der umsatzsteuerlichen Behandlung von Steuerfreistellungen, wobei sich Frau Dr. Christine Cloß berechtigterweise mit dem Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen auf der einen Seite und mit der Sonderstellung der öffentlichen Hand auf der anderen Seite beschäftigt, weil es sich dabei um zwei Bereiche handelt, bei denen der Neutralitätsgrundsatz im Umsatzsteuersystem kategorial verletzt wird. Die Arbeit ist im Zentrum der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre angesiedelt, wird doch auf der Grundlage einer detaillierten Darstellung der Steuerrechtslage eine Analyse der Steuerwirkungen und möglicher Steuergestaltungen vorgenommen. Kernstück bildet eine Erarbeitung anderer Gesetzesregelungen in beiden Bereichen, sodass die Steuerrechtsgestaltungslehre in bemerkenswerter Weise vertreten wird. Grundsätzlich sind die vorgeschlagenen Lösungen auch in jeder Hinsicht konsistent und absolut nachvollziehbar.

Insgesamt ist der Verfasserin angesichts der gleichermaßen theoriegeprägten und praxisorientierten Analysetechnik und der beeindruckenden wissenschaftlichen Originalität eine hervorragende Gesamtleistung zu konstatieren. Die Arbeit von Frau Dr. Christine Cloß, die der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes als Dissertation vorgelegt und mit hervorragendem Ergebnis angenommen wurde, hat eine sehr große Verbreitung in Theorie und Praxis verdient.

Saarbrücken, im April 2013

Univ.-Prof. Dr. Heinz Kußmaul

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Betriebswirtschaftlichen Institut für Steuerlehre und Entrepreneurship, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insb. Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Institut für Existenzgründung/Mittelstand, an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Sie wurde im November 2012 der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes als Dissertation vorgelegt. Das Promotionsverfahren fand im Februar 2013 seinen erfolgreichen Abschluss.

Mein ganz herzlicher Dank gebührt meinem verehrten akademischen Lehrer und Erstgutachter, Herrn Univ.-Prof. Dr. Heinz Kußmaul, der mich in meiner gesamten Zeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in vielfältiger Weise gefordert und gefördert hat. Ihm danke ich für das mir entgegengebrachte Vertrauen sowie für die Unterstützung und Betreuung meines Promotionsvorhabens. Herrn Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Küting danke ich für die Übernahme des Zweitgutachtens. Bei Herrn Univ.-Prof. Dr. Michael Olbrich bedanke ich mich für die Bereitschaft zur Übernahme des Vorsitzes des Disputationsausschusses und bei Frau Dr. Jessica Knoll für die Übernahme des Beisitzes.

Weiterhin möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre für die freundliche Zusammenarbeit bedanken. In besonders schöner Erinnerung werden mir dabei die zahlreichen motivierenden Gespräche sowie die gemeinsamen Erlebnisse mit Frau Dipl.-Kffr. Nicole Türk und Herrn Dr. Dennis Weiler bleiben. Auf ihre Unterstützung konnte ich mich während unserer gesamten Zusammenarbeit, aber insbesondere auch am Ende meiner Promotionsphase, stets verlassen. Hierfür danke ich ihnen ganz herzlich.

Schließlich gebührt mein besonderer Dank meiner Familie und meinen Freunden, die mir stets den notwendigen Rückhalt gewährt und mir die in dieser aufreibenden Zeit notwendige Ablenkung verschafft haben. Steffen danke ich für seine nie erschöpfende Geduld. Durch Deine kompromisslose Unterstützung und Dein Verständnis hast Du das Gelingen dieser Arbeit ermöglicht. Dafür danke ich Dir von Herzen.

Saarbrücken, im April 2013

Christine Cloß

Inhaltsübersicht

Geleitwort.....	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abbildungsverzeichnis.....	XXIII
Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....	XXVII
1 Einleitende Bemerkungen	1
1.1 Motivation der Untersuchung	1
1.2 Gang der Untersuchung	4
2 Die Entwicklung des Neutralitätsgrundsatzes als tragendes Grundprinzip des geltenden Umsatzsteuerrechts innerhalb der Europäischen Union	8
2.1 Das Allphasen-Brutto-Umsatzsteuersystem: Prägendes System der deutschen Umsatzsteuer bis zum Jahr 1967	8
2.2 Die Einführung des Allphasen-Netto-Umsatzsteuersystems ab 1968	13
2.3 Bedeutung und Ausprägungen des Neutralitätsgrundsatzes	16
3 Das gegenwärtige Allphasen-Netto-Umsatzsteuersystem in Deutschland.....	29
3.1 Das Wesen der Umsatzsteuer: Verbrauchsteuer versus Verkehrsteuer	29
3.2 Die umsatzsteuerliche Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union	31
3.3 Die Steuerbarkeit von Umsätzen.....	33
3.4 Steuerbefreiungen	52
3.5 Bemessungsgrundlage.....	61
3.6 Steuersatz	62
3.7 Vorsteuerabzug	65
4 Neutralitätsstörungen infolge unechter Steuerbefreiungen am Beispiel der Steuerbefreiungen für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	73
4.1 Allgemeines	73
4.2 Unechte Steuerbefreiungen: Systembruch oder Systembestandteil? – Versuch einer Rechtfertigung.....	74
4.3 Die Auswirkungen der Steuerbefreiungen für Finanzdienstleistungen	78
4.4 Besonderheiten der Steuerbefreiung für Versicherungsdienstleistungen nach § 4 Nr. 10 und Nr. 11 UStG	217
4.5 Zwischenfazit	235

4.6 Vorschläge für eine dem Neutralitätsgrundsatz entsprechende umsatzsteuerliche Behandlung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	239
5 Neutralitätsstörungen infolge der Sonderstellung der öffentlichen Hand.....	249
5.1 Die öffentliche Hand und ihre steuerliche Behandlung	249
5.2 Die Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand nach den nationalen und europäischen Regelungen	259
5.3 Sonderfragen bei der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand.....	324
5.4 Konsequenzen der Divergenzen zwischen den nationalen Regelungen und den Regelungen der Mehrwertsteuersystemrichtlinie.....	355
5.5 Die Vorsteuerabzugsberechtigung der öffentlichen Hand: Sphärentheorie und Zuordnungswahlrecht.....	364
5.6 Abschließende kritische Würdigung der umsatzsteuerlichen Behandlung der öffentlichen Hand.....	395
5.7 Vorschläge für eine dem Neutralitätsgrundsatz entsprechende umsatzsteuerliche Behandlung der öffentlichen Hand	398
6 Schlussbemerkungen	407
6.1 Thesenförmige Zusammenfassung	407
6.2 Reformbedarf	409
Literaturverzeichnis.....	415
Stichwortverzeichnis	505

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort.....	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abbildungsverzeichnis.....	XXIII
Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....	XXVII
1 Einleitende Bemerkungen	1
1.1 Motivation der Untersuchung	1
1.2 Gang der Untersuchung	4
2 Die Entwicklung des Neutralitätsgrundsatzes als tragendes Grundprinzip des geltenden Umsatzsteuerrechts innerhalb der Europäischen Union	8
2.1 Das Allphasen-Brutto-Umsatzsteuersystem: Prägendes System der deutschen Umsatzsteuer bis zum Jahr 1967	8
2.2 Die Einführung des Allphasen-Netto-Umsatzsteuersystems ab 1968	13
2.3 Bedeutung und Ausprägungen des Neutralitätsgrundsatzes	16
2.3.1 Die Bedeutung des Neutralitätsgrundsatzes	16
2.3.2 Die Kodifizierung des Neutralitätsgrundsatzes in ausgewählten Umsatz- steuer-Richtlinien	17
2.3.2.1 Die Erste und Zweite Umsatzsteuer-Richtlinie vom 11. April 1967	17
2.3.2.2 Die Sechste Umsatzsteuer-Richtlinie vom 17.05.1977.....	19
2.3.2.3 Die Mehrwertsteuersystemrichtlinie vom 28.11.2006.....	20
2.3.3 Die Auslegung des Neutralitätsgrundsatzes durch die Rechtsprechung des EuGH.....	21
2.3.3.1 Die Wettbewerbsneutralität	21
2.3.3.2 Die Belastungsneutralität	23
2.3.3.3 Die Rechtsformneutralität.....	25
2.3.3.4 Weitere Ausprägungen des Neutralitätsgrundsatzes.....	26
3 Das gegenwärtige Allphasen-Netto-Umsatzsteuersystem in Deutschland.....	29
3.1 Das Wesen der Umsatzsteuer: Verbrauchsteuer versus Verkehrsteuer	29
3.2 Die umsatzsteuerliche Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union	31
3.3 Die Steuerbarkeit von Umsätzen.....	33
3.3.1 Überblick über die steuerbaren Umsätze des § 1 UStG	33

4.3.4.1 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen an einen inländischen Endverbraucher	89
4.3.4.1.1 Darstellung.....	89
4.3.4.1.2 Würdigung	90
4.3.4.2 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen an einen inländischen Unternehmer	93
4.3.4.2.1 Darstellung.....	93
4.3.4.2.2 Würdigung	95
4.3.5 Die Folgewirkungen aus der Versagung des Vorsteuerabzugs im internationalen Kontext	98
4.3.5.1 Der Ort der Finanzdienstleistung	98
4.3.5.1.1 Finanzdienstleistungen: Lieferungen oder sonstige Leistungen?	98
4.3.5.1.2 Die Ortsbestimmung nach den Regelungen des UStG	99
4.3.5.1.3 Die Ortsbestimmung nach den Regelungen der Mehrwertsteuersystemrichtlinie.....	103
4.3.5.1.4 Gemeinschaftsrechtskonformität der nationalen Regelungen zur Leistungsortsbestimmung für Finanzdienstleistungen.....	105
4.3.5.2 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen innerhalb des Gemeinschaftsgebiets	106
4.3.5.2.1 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen an einen Unternehmer aus dem übrigen Gemeinschaftsgebiet	106
4.3.5.2.2 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen an einen Nichtunternehmer aus dem übrigen Gemeinschaftsgebiet	110
4.3.5.2.3 Würdigung	111
4.3.5.3 Die Auswirkungen der Steuerbefreiung bei der Erbringung von Finanzdienstleistungen im Verhältnis zu Drittstaaten	112
4.3.5.3.1 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen nach § 4 Nr. 8 Buchstabe a bis g UStG an einen Unternehmer aus dem Drittlandsgebiet	112
4.3.5.3.2 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen nach § 4 Nr. 8 Buchstabe a bis g UStG an einen Nichtunternehmer aus dem Drittlandsgebiet	114
4.3.5.3.3 Würdigung	116
4.3.5.3.4 Die Erbringung von Finanzdienstleistungen nach § 4 Nr. 8 Buchstabe h UStG an einen Abnehmer aus dem Drittlandsgebiet.....	117

4.3.6 Die Auswirkungen der unechten Steuerbefreiungen für Finanzdienstleistungen auf den Neutralitätsgrundsatz	118
4.3.7 Die Folgewirkungen des Vorsteuerabzugsverbots auf das Outsourcing von Finanzdienstleistungen	121
4.3.7.1 Begriff und Motive des Outsourcing	121
4.3.7.2 Die umsatzsteuerlichen Folgen des Outsourcing	123
4.3.7.2.1 Der Kern allen Übels: Die Versagung des Vorsteuerabzugs	123
4.3.7.2.2 Die Anforderungen an die Steuerfreiheit der ausgelagerten Leistungen.....	127
4.3.7.2.2.1 Das Outsourcing im Rahmen des Zahlungs- und Überweisungsverkehrs sowie des Wertpapiergeschäfts.....	127
4.3.7.2.2.1.1 Die Rechtsprechung des EuGH in der Rechtssache „Sparekassernes Datacenter (SDC)“	127
4.3.7.2.2.1.2 Die Rechtsprechung des EuGH in der Rechtssache „CSC Financial Services Ltd.“	130
4.3.7.2.2.1.3 Die Rechtsprechung der nationalen Finanzgerichte	131
4.3.7.2.2.1.4 Die Rechtsprechung des BFH.....	132
4.3.7.2.2.1.5 Die Ansicht der Finanzverwaltung	135
4.3.7.2.2.2 Das Outsourcing im Rahmen der Verwaltung von Sondervermögen.....	136
4.3.7.2.2.2.1 Die Rechtsprechung des EuGH in der Rechtssache „Abbey National“.....	136
4.3.7.2.2.2.2 Die Rechtsprechung des FG Düsseldorf sowie das Revisionsverfahren des BFH	138
4.3.7.2.2.2.3 Die Ansicht der Finanzverwaltung	140
4.3.7.2.2.3 Die Auslagerung von Vermittlungsleistungen	141
4.3.7.2.2.4 Die Grundsätze des EuGH im Einzelnen	143
4.3.7.2.2.4.1 Zusammenfassung der Grundsätze des EuGH.....	143
4.3.7.2.2.4.2 Das Kriterium des „eigenständigen Ganzen“	143
4.3.7.2.2.4.3 Das Kriterium der Spezifität	144
4.3.7.2.2.4.4 Das Kriterium der Wesentlichkeit	145
4.3.7.3 Der steuerfreie Zusammenschluss nach Art. 132 Abs. 1 Buchstabe f der Mehrwertsteuersystemrichtlinie.....	146
4.3.7.3.1 Der Hintergrund der Steuerbefreiung	146

4.3.7.3.2 Die Voraussetzungen im Einzelnen	147
4.3.7.3.2.1 Selbstständiger Zusammenschluss von Personen.....	147
4.3.7.3.2.2 Ausübung einer steuerbefreiten Tätigkeit und Verwendung der Leistung des steuerfreien Zusammenschlusses unmittel- bar für deren Ausübung	148
4.3.7.3.2.3 Das Merkmal der Kostenerstattung	151
4.3.7.3.2.4 Nichtvorliegen einer Wettbewerbsverzerrung.....	152
4.3.7.3.3 Die (mangelnde) Umsetzung der Regelung in das nationale Um- satzsteuerrecht.....	154
4.3.7.4 Die Auswirkungen auf den Neutralitätsgrundsatz	155
4.3.8 Die indirekten Folgewirkungen aus der Versagung des Vorsteuerabzugs.....	158
4.3.8.1 Die Option zur Steuerpflicht nach § 9 UStG	158
4.3.8.1.1 Inhalt und Zwecksetzung der Vorschrift	158
4.3.8.1.2 Die Voraussetzungen des § 9 UStG.....	161
4.3.8.1.2.1 Die Anforderungen an den Umsatz	161
4.3.8.1.2.2 Die Anforderungen an den leistenden Unternehmer	163
4.3.8.1.2.3 Die Anforderungen an den empfangenden Unternehmer.....	166
4.3.8.1.3 Der Umfang der Option	169
4.3.8.1.4 Die Einschränkungen der Optionsmöglichkeit	170
4.3.8.1.5 Die Ausübung der Option	173
4.3.8.1.6 Die Auswirkungen der Option.....	173
4.3.8.1.6.1 Die direkten Auswirkungen auf den Vorsteuerabzug	173
4.3.8.1.6.2 Die indirekten Auswirkungen der Option	175
4.3.8.1.7 Die Bedeutung der Optionsmöglichkeit bei der Erbringung von steuerbefreiten Finanzdienstleistungen.....	177
4.3.8.2 Die Zuordnung der Eingangsumsätze zu Ausgangsumsätzen: Der Vor- steuerabzug dem Grunde nach	178
4.3.8.2.1 Allgemeines	178
4.3.8.2.2 Der Begriff der „Verwendung“.....	179
4.3.8.2.2.1 Die Auslegung des Begriffs der Verwendung.....	179
4.3.8.2.2.2 Kritik an der geänderten Rechtsprechung des BFH und der Verwaltungsauffassung	184
4.3.8.2.3 Das Prinzip der wirtschaftlichen Zurechnung	187
4.3.8.2.4 Die Einzelzuordnung bei gemischt genutzten Gebäuden	189

4.3.8.3 Die Aufteilung der Vorsteuerbeträge: Der Vorsteuerabzug der Höhe nach	194
4.3.8.3.1 Die Kategorisierung der Vorsteuerbeträge	194
4.3.8.3.2 Die gemischte Verwendung als Anwendungsgebiet der Vorsteuer- aufteilung	195
4.3.8.3.3 Die Aufteilungsmethoden	197
4.3.8.3.3.1 Die Regelungen nach der Mehrwertsteuersystemrichtlinie.....	197
4.3.8.3.3.2 Die Regelungen im deutschen Umsatzsteuerrecht	199
4.3.8.3.3.3 Zur Vereinbarkeit der nationalen Regelungen mit der Mehr- wertsteuersystemrichtlinie.....	200
4.3.8.3.3.3.1 Allgemeines	200
4.3.8.3.3.3.2 Das BFH-Urteil vom 17. August 2001	200
4.3.8.3.3.3.3 Das Urteil des FG Niedersachsen vom 23.04.2009	203
4.3.8.3.3.3.4 Das Urteil des FG Düsseldorf vom 11.09.2009	208
4.3.8.3.3.3.5 Die Urteile des FG Münster vom 08.12.2009	209
4.3.8.3.3.3.6 Der Beschluss des BFH vom 22.07.2010	210
4.3.8.3.3.3.7 Die Schlussanträge des Generalanwaltes in der Rechts- sache „BLC Baumarkt“	211
4.3.8.3.3.3.8 Das Urteil in der Rechtssache „BLC Baumarkt“	213
4.3.8.3.4 Die Vorsteueraufteilung nach dem Bankenschlüssel.....	214
4.3.8.4 Die Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG	215
4.4 Besonderheiten der Steuerbefreiung für Versicherungsdienstleistungen nach § 4 Nr. 10 und Nr. 11 UStG	217
4.4.1 Die steuerbefreiten Versicherungsdienstleistungen nach nationalem und euro- päischem Recht.....	217
4.4.2 Rechtfertigungsgründe	220
4.4.3 Abweichungen und Gemeinsamkeiten im Vergleich zu den steuerbefreiten Finanzdienstleistungen nach § 4 Nr. 8 UStG	222
4.4.4 Die Auswirkungen der unechten Steuerbefreiungen für Versicherungs- dienstleistungen auf den Neutralitätsgrundsatz	225
4.4.5 Doppelbelastung mit Umsatzsteuer und Versicherungsteuer.....	226
4.4.6 Die Folgewirkungen des Vorsteuerabzugsverbots auf das Outsourcing von Versicherungsdienstleistungen	228
4.4.6.1 Grundsätzliches zum Outsourcing von Versicherungsdienstleistungen	228

4.4.6.2 Überblick über die bestehende Rechtsprechung	229
4.4.6.2.1 Die EuGH-Urteile in den Rechtssachen „Skandia“ und „Taksatorringen“	229
4.4.6.2.2 Das EuGH-Urteil in der Rechtssache „Arthur Andersen“	231
4.4.6.2.3 Das EuGH-Urteil in der Rechtssache „J.C.M Beheer BV“	232
4.4.6.3 Vergleich des Outsourcing von Finanz- und Versicherungsdienst- leistungen	233
4.5 Zwischenfazit	235
4.6 Vorschläge für eine dem Neutralitätsgrundsatz entsprechende umsatzsteuerliche Behandlung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	239
4.6.1 Der Vorschlag der Europäischen Kommission	239
4.6.1.1 Zielsetzungen	239
4.6.1.2 Die Änderungen im Detail	239
4.6.1.2.1 Präzisere Definition der Steuerbefreiungstatbestände	239
4.6.1.2.2 Erweiterung der Optionsmöglichkeit	241
4.6.1.2.3 Einführung der Möglichkeit kostenteilender Zusammenschlüsse	242
4.6.1.3 Abschließende Würdigung des Vorschlags der Europäischen Kommis- sion	244
4.6.2 Eigener Vorschlag zu einer systemgerechten und neutralen Ausgestaltung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Finanz- und Versicherungsdienst- leistungen	245
4.6.2.1 Vorbemerkungen	245
4.6.2.2 Modifikation des § 15 UStG	246
4.6.2.3 Modifikation des § 15a UStG	247
4.6.2.4 Modifikation des § 9 UStG	247
4.6.2.5 Modifikation des § 4 UStG	248
5 Neutralitätsstörungen infolge der Sonderstellung der öffentlichen Hand	249
5.1 Die öffentliche Hand und ihre steuerliche Behandlung	249
5.1.1 Der Begriff der juristischen Person des öffentlichen Rechts	249
5.1.2 Organisationsformen der öffentlichen Hand	250
5.1.3 Rechtfertigungsgründe für eine steuerliche Erfassung der öffentlichen Hand	253
5.1.3.1 Grundsätzliche Überlegungen	253
5.1.3.2 Die Wahrung der Wettbewerbsneutralität	253
5.1.3.3 Fiskalpolitische Überlegungen	255

5.1.4 Die Zweiteilung der Tätigkeiten der öffentlichen Hand	257
5.2 Die Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand nach den nationalen und europäischen Regelungen	259
5.2.1 Die Vorschriften des nationalen Umsatzsteuerrechts.....	259
5.2.1.1 Das Verhältnis von § 2 Abs. 3 UStG zu § 2 Abs. 1 UStG.....	259
5.2.1.2 Grundsätzlicher Aufbau des § 2 Abs. 3 UStG	260
5.2.1.3 Die Voraussetzungen des § 2 Abs. 3 UStG im Einzelnen	262
5.2.1.3.1 Der Betrieb gewerblicher Art nach § 4 KStG.....	262
5.2.1.3.1.1 Überblick über die Vorschrift des § 4 KStG	262
5.2.1.3.1.2 Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 4 KStG im Einzelnen.....	265
5.2.1.3.1.2.1 Der Begriff der Einrichtung	265
5.2.1.3.1.2.2 Wirtschaftliches Herausheben der Einrichtung	268
5.2.1.3.1.2.3 Ausübung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit	270
5.2.1.3.1.2.4 Einnahmeerzielungsabsicht.....	271
5.2.1.3.1.2.5 Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr	271
5.2.1.3.1.2.6 Versorgungsbetriebe	271
5.2.1.3.1.3 Vorliegen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs	272
5.2.1.3.1.4 Tätigkeiten nach § 2 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 bis 5 UStG.....	273
5.2.1.3.1.5 Öffentliche Hand und privatrechtliche Betätigungen.....	274
5.2.2 Die Vorschrift des Art. 13 der Mehrwertsteuersystemrichtlinie	274
5.2.3 Abweichungen zwischen den Regelungen des UStG und der Mehrwertsteuersystemrichtlinie	278
5.2.3.1 Synopse: Umsatzsteuerrecht und Mehrwertsteuersystemrichtlinie	278
5.2.3.2 Die Systematik des § 2 Abs. 3 UStG i.V.m. § 4 KStG vor dem Hintergrund der Mehrwertsteuersystemrichtlinie	280
5.2.3.3 Der Betrieb gewerblicher Art im Lichte der Mehrwertsteuersystemrichtlinie	283
5.2.3.3.1 Die Vorschrift des § 4 Abs. 1 KStG	283
5.2.3.3.2 Die Vorschriften des § 4 Abs. 2 und Abs. 4 KStG	283
5.2.3.3.3 Die Vorschrift des § 4 Abs. 3 KStG	284
5.2.4 Die hoheitliche Betätigung der öffentlichen Hand.....	288
5.2.4.1 Die umsatzsteuerliche Bedeutung der Abgrenzung des Hoheitsbetriebs vom Betrieb gewerblicher Art	288

5.2.4.2 (Fehlende) Rechtfertigungsgründe für eine Nichtbesteuerung der hoheitlichen Tätigkeiten.....	290
5.2.4.3 Der Hoheitsbereich nach den originären nationalen Regelungen.....	299
5.2.4.3.1 Das Verhältnis von § 4 Abs. 5 KStG zu § 4 Abs. 1 KStG und die Beurteilung gemischter Tätigkeiten.....	299
5.2.4.3.2 Die Ausübung öffentlicher Gewalt.....	302
5.2.4.3.2.1 Anforderungen an die Rechtsform.....	302
5.2.4.3.2.2 Eigentümliche und vorbehaltene Tätigkeit.....	303
5.2.4.3.2.3 Der Wettbewerbsvorbehalt.....	305
5.2.4.3.2.4 Zwangs- und Monopolrechte.....	310
5.2.4.4 Der Hoheitsbetrieb nach den Regelungen der Mehrwertsteuersystemrichtlinie und die Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung auf das nationale Verständnis des Hoheitsbetriebs	312
5.2.4.4.1 Anforderung an die Rechtsform	312
5.2.4.4.2 Ausübung öffentlicher Gewalt.....	313
5.2.4.4.3 Der Wettbewerbsvorbehalt	317
5.2.4.5 Synopsis: Hoheitsbetrieb nach dem UStG und der Mehrwertsteuersystemrichtlinie	322
5.3 Sonderfragen bei der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand.....	324
5.3.1 Vermögensverwaltende Tätigkeiten der öffentlichen Hand.....	324
5.3.1.1 Der Begriff der Vermögensverwaltung	324
5.3.1.2 Die ertragsteuerliche Behandlung der Vermögensverwaltung	325
5.3.1.3 Die grundsätzliche umsatzsteuerliche Behandlung der Vermögensverwaltung.....	326
5.3.1.4 Die umsatzsteuerliche Behandlung einer vermögensverwaltenden Tätigkeit der juristischen Person des öffentlichen Rechts im Konflikt zwischen Körperschaftsteuer- und Umsatzsteuerrecht	327
5.3.1.5 Die umsatzsteuerliche Behandlung einer vermögensverwaltenden Tätigkeit der juristischen Personen des öffentlichen Recht im Konflikt zwischen nationalem Umsatzsteuerrecht und Mehrwertsteuersystemrichtlinie	328
5.3.2 Zuwendungen und nicht kostendeckende Tätigkeiten	331
5.3.2.1 Abgrenzung zwischen steuerbarer Zuwendung und nicht steuerbarem Zuschuss.....	331

5.3.2.2	Darstellung der EuGH-Rechtsprechung zu nicht kostendeckenden Tätigkeiten der öffentlichen Hand	336
5.3.2.3	Beurteilung und Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung.....	337
5.3.3	Die Auslagerung von Leistungen der öffentlichen Hand.....	342
5.3.3.1	Beistandsleistungen.....	342
5.3.3.2	Die Auslagerung auf privatwirtschaftliche Unternehmer	345
5.3.3.3	Die Abfallentsorgung als Beispiel der Auslagerung von Leistungen der öffentlichen Hand.....	348
5.3.4	Steuerbefreiungsvorschriften für die öffentliche Hand	352
5.4	Konsequenzen der Divergenzen zwischen den nationalen Regelungen und den Regelungen der Mehrwertsteuersystemrichtlinie.....	355
5.4.1	Richtlinienkonforme Auslegung der nationalen Regelungen	355
5.4.2	Anwendungsvorrang der Mehrwertsteuersystemrichtlinie	358
5.4.3	Konkurrentenklage	360
5.5	Die Vorsteuerabzugsberechtigung der öffentlichen Hand: Sphärentheorie und Zuordnungswahlrecht.....	364
5.5.1	Grundsätzliches	364
5.5.2	Bisherige Rechtslage	367
5.5.3	Geänderte Rechtsauffassung	371
5.5.3.1	Das EuGH-Urteil in der Rechtssache „VNLTO“	371
5.5.3.2	Das BFH-Urteil vom 03.03.2011	378
5.5.3.3	Die Auffassung der Finanzverwaltung	380
5.5.3.4	Zusammenfassung der Rechtsfolgen für die öffentliche Hand.....	387
5.5.4	Die Bestimmung des Ortes der sonstigen Leistung bei Leistungsbezug durch die öffentliche Hand	389
5.5.5	Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Neutralität	392
5.6	Abschließende kritische Würdigung der umsatzsteuerlichen Behandlung der öffentlichen Hand.....	395
5.6.1	Abweichungen zwischen nationalem Recht und der Mehrwertsteuersystem- richtlinie.....	395
5.6.2	Neutralitätsstörungen.....	396
5.7	Vorschläge für eine dem Neutralitätsgrundsatz entsprechende umsatzsteuerliche Behandlung der öffentlichen Hand	398
5.7.1	Vorbemerkungen	398

5.7.2 Bestehende Reformüberlegungen.....	399
5.7.3 Eigener Lösungsvorschlag	402
5.7.3.1 Kernpunkt des Lösungsvorschlags: Modifikation des § 2 UStG.....	402
5.7.3.2 Vergünstigung bestimmter Tätigkeiten der öffentlichen Hand	405
5.7.3.2.1 Modifikation des § 4 UStG.....	405
5.7.3.2.2 Modifikation des § 12 UStG.....	405
5.7.3.2.3 Modifikation des § 15 UStG.....	406
6 Schlussbemerkungen	407
6.1 Thesenförmige Zusammenfassung	407
6.2 Reformbedarf	409
Literaturverzeichnis.....	415
Stichwortverzeichnis	505